



SEEBRÜCKE

DOKUMENTATION DES KONGRESSES

„SICHERE HÄFEN. LEINEN LOS FÜR KOMMUNALE AUFNAHME“

Schirmherrschaft:

be  Berlin


SEEBRÜCKE
SCHAFFT SICHERE HÄFEN!

Kooperation mit:


POTSDAM



Fotos: Landeshauptstadt Potsdam/ Santiago Engelhardt

INHALT

Vorwort.....	1
Sichere Häfen.....	2
Bündnis „Städte Sicherer Häfen“	4
Kommunen sind aktiv und fordern Handeln vom BMI.....	5
Bundratsinitiative zur Veränderung des rechtlichen Rahmens.....	6
Impressionen aus den Workshops	
Rechtliche Möglichkeiten zur proaktiven Flüchtlingsaufnahme von Städten und Gemeinden.....	7
Wie können Kommunen auf Bundesebene Druck ausüben? Politische Handlungsoptionen auf unterschiedlichen Ebenen.....	8
Aufnahme und Inklusion von Geflüchteten als gemeinsame kommunale Entwicklung.....	9
Aktive Unterstützung der Seenotrettung.....	10
Pressespiegel.....	11
Kontakt.....	12

VORWORT

Sehr geehrte Teilnehmer*innen des Kongresses, Vertreter*innen aus Sicheren Häfen und Interessierte, in dieser Dokumentation möchten wir Ihnen einen Überblick geben, was bei dem Kongress „Sichere Häfen. Leinen los für kommunale Aufnahme“ thematisiert und diskutiert wurde. Die SEEBRÜCKE veranstaltete den Kongress, der unter der Schirmherrschaft des Regierenden Bürgermeisters von Berlin stand, in Kooperation mit der Landeshauptstadt Potsdam. Der Kongress fand am 13. und 14. Juni 2019 im Roten Rathaus in Berlin statt. Das **Das Programm** der beiden Tage gibt einen Überblick über alle beteiligten Referent*innen und Inhalte des Kongresses. Auf den folgenden Seiten haben wir die Ergebnisse und erörterten Handlungsperspektiven thematisch zusammengefasst.

Die SEEBRÜCKE ist eine europäische soziale Bewegung, die sich im Juli 2018 gründete und inzwischen mit über 100 Lokalgruppen bundesweit verankert ist. Ein Jahr, nachdem die SEEBRÜCKE mit der Kampagne „Schafft sichere Häfen!“ startete, lud sie bundesweit Vertreter*innen aus Politik, Verwaltung, und Zivilgesellschaft ein. Eingeladen waren alle uns zu dem Zeitpunkt bekannten Sicheren Häfen. Erstmals wurde bundesweit ein Raum der Vernetzung geschaffen, in dem sich die Anwesenden über ihre lokalen Erfahrungen und über politische Handlungsoptionen austauschen konnten. Obwohl sich dutzende Städte und Gemeinden im Laufe des Jahres zu Sicheren Häfen erklärt hatten, blockiert der Bundesinnenminister Horst Seehofer weiter die direkte kommunale Aufnahme. Währenddessen sterben weiterhin tagtäglich Menschen an den Grenzen Europas. Die SEEBRÜCKE ist solidarisch mit allen geflüchteten Menschen und setzt sich für sichere Fluchtwege sowie Bewegungsfreiheit ein. Bei dem Kongress zeigten Expert*innen aus der Wissenschaft, Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft politische und rechtliche Möglichkeiten auf, die einen wichtigen Beitrag zur Beendigung der Krise im Mittelmeer leisten können. Die SEEBRÜCKE freut sich auch zukünftig auf den überregionalen Austausch mit vielfältigen Akteur*innen, um gemeinsam den Prozess der Sicheren Häfen voranzutreiben.

Mit freundlichen Grüßen,

SEEBRÜCKE



SICHERE HÄFEN

Jede Woche erklären sich neue Städte zu Sicheren Häfen. Die Ratsbeschlüsse, Resolutionen oder Erklärungen von Oberbürgermeister*innen gestalten sich sehr unterschiedlich. Sie eint, dass sie ein deutliches Zeichen für den Schutz der Rechte von geflüchteten Menschen gesetzt haben. Gemessen an den **Forderungen der SEEBRÜCKE an Sichere Häfen** und der aktuellen politischen Situation ist der Prozess des Sicheren Hafens noch ein langer Weg. Und dennoch ist es im Kontext von Abschottungspolitik und rechter Hetze enorm wichtig, dass bereits 86 Städte und Gemeinden (Stand 02.08.2019) den Kurs Richtung Sicherer Hafen eingeschlagen haben. In dem Prozess geht es darum, langfristig eine kommunale, solidarische Migrationspolitik zu gestalten und die Aspekte, die die SEEBRÜCKE einem Sicheren Hafen zuschreibt, nach und nach umzusetzen. Für die SEEBRÜCKE ist die Idee des Sicheren Hafens eingebettet in ein größeres, anderes Konzept der Migrationspolitik: „Was mit einer ersten Demonstration in Berlin, für sichere Fluchtwege begann, hat sich innerhalb kurzer Zeit zu einer starken zivilgesellschaftlichen Bewegung entwickelt, die sich für eine Welt einsetzt, in der Menschenrechte gewahrt werden, und zwar nicht nur für Menschen mit europäischem Pass oder Menschen mit guter Bleibeperspektive, sondern für jeden einzelnen Menschen. Wir fordern eine Migrationspolitik, die nachhaltig ist, in der Kommunen eine stärkere Rolle haben und Humanität und Bewegungsfreiheit wieder die primären Ziele sind. Diese Ziele haben wir als SEEBRÜCKE im letzten Jahr auf die Straße, in die Parlamente, Räte und Stadtverordnetenversammlungen gebracht. Wir als Seebrücke verstehen Migration nicht als Problem, sondern als Chance. Migration gibt es schon seit es Gesellschaften gibt und sie ist wesentlicher Teil einer jeden Gesellschaft. Eine neue Migrationspolitik umfasst für uns also ein offenes Europa, welches alle Menschen willkommen heißt und eine stärker auf die Bedürfnisse der Menschen ausgerichtete Politik. Sie bedeutet, dass wir niemanden irgendwohin abschieben, wo er oder sie offensichtlich zurzeit nicht leben möchte“ erklärt Jonas Hase von der SEEBRÜCKE Potsdam zu Beginn des Kongresses.

In der Eingangsrede wurde außerdem deutlich, warum die SEEBRÜCKE Kommunen als zentrale Akteur*innen der Migrationspolitik betrachtet. Lokale Akteur*innen, wie die Zivilgesellschaft oder die Kommunalpolitik müssen in den gesamten Aufnahmeprozess miteinbezogen werden. Wie Migration gesehen wird, entscheidet sich vor Ort: Dort, wo mehr Menschen mit Fluchterfahrung leben, wird ganz anders damit umgegangen, als an Orten an denen kaum Geflüchtete angekommen sind. Ein solidarisches, kommunales Zusammenleben ist möglich und fördert die Teilhabe- und Entwicklungschancen aller Menschen. Hier setzt das Konzept des Sicheren Hafens an und spiegelt sich langfristig im Konzept der Solidarity City wider. „Ein Sicherer Hafen für Geflüchtete für mich ist ihre Heimat“, definiert Cyprian Ajang Ngeme, Aktivist mit Fluchterfahrung von African Visions Potsdam, das Konzept. Er und Diana Gonzalez Olivo, Vorsitzende des Migrantenbeirates Potsdam, problematisierten in ihrem Impulsvortrag, warum es überhaupt die Sicheren Häfen braucht. Ajang Ngeme richtete die Perspektive darauf, was Ursachen für Flucht sind: Solange europäische Staaten politische Diplomatie mit der Unterstützung von Diktatoren verwechseln würden, bekämpften sie keine Fluchtursachen. Stattdessen seien diese „Verfehlungen der Industrieländer“ von dem Interesse geleitet, sich den Zugang zu Rohstoffen zu sichern.

All dies und die von Rüstungsexporten befeuerten Kriege zwingen Menschen erst, so Ajang Ngame, den gefährlichen Weg auf sich zu nehmen und Sichere Häfen zu suchen. „Die Konsequenz kann nur sein, dass einige Geflüchtete im Meer ertrinken. (...) Europa hat keine andere Möglichkeit, als Geflüchtete auf dem Meer zu retten“, macht der Aktivist klar. „Menschenrechte sind nicht verhandelbar.“ Deshalb dürfe Europa die entsetzlichen Zustände in den Lagern in Libyen nicht ignorieren und die Zusammenarbeit mit der sogenannten libyschen Küstenwache einfach fortführen. Er schloss seinen Vortrag mit Empfehlungen an Deutschland: Um Menschen auf der Flucht wirklich einen Sicheren Hafen zu bieten und das Sterben auf dem Mittelmeer zu beenden, müsste auch Deutschland wirtschaftliche Ausbeutung und die Unterstützung von Kriegen oder andauernder Kolonialisierung beenden.

Auch in der Abschlussrede der SEEBRÜCKE betonte Leni Hintze von der SEEBRÜCKE Kiel, dass es beim Sicheren Hafen im Kern darum gehe, Grundrechte für ein gutes und sicheres Leben zu wahren. Dazu braucht es einen Ort zum Bleiben und insbesondere für Menschen in Not einen sicheren Zufluchtsort. Im Zentrum steht die Solidarität mit Menschen auf der Flucht. In der Folge sind Sichere Häfen auch solidarisch mit zivilgesellschaftlichen Organisationen der Seenotrettung und der SEEBRÜCKE. Konkret bedeuten Sichere Häfen, dass neue rechtliche und politische Regelungen getroffen werden, die eine direkte kommunale Aufnahme ermöglichen. Um die Möglichkeiten zu erörtern, lud die SEEBRÜCKE zum Kongress ein.

Die neuen Konzepte können nur umgesetzt werden, wenn sich die solidarische Gesellschaft in ihrer Unterschiedlichkeit und Vielfalt für Lösungen einsetzt. Dies betonte auch Ulrich Lilie, Präsident der Diakonie Deutschland, in seinem Grußwort. Er unterstrich die Botschaft des **Palermo Appells**, dass es noch diesen Sommer eine politische Notlösung brauche, die die Bereitschaft der Kommunen Realität lassen wird. „Die Seebrücke betont zu Recht die bedeutende Rolle der Kommunen im föderalen System“, so Lilie. Vor Ort würden sich nämlich unterschiedliche Menschen begegnen, die doch gemeinsame Interessen hätten und in Kommunen werde Mitbestimmung und Gemeinschaft erfahrbar. „Es muss ein Meer der Solidarität sein“, sagte Luigi de Magistris, Bürgermeister von Neapel in einem **Grußwort** über das Mittelmeer. Seine Worte verdeutlichten, dass es beim Konzept der Sicheren Häfen über den bundesdeutschen Kontext hinaus um ein solidarisches Europa geht. Ein Europa, in dem sich Kommunen gemeinsam für sichere Fluchtwege und Sichere Häfen teinsetzen.



BÜNDNIS „STÄDTE SICHERER HÄFEN“

Immer mehr Städte und Gemeinden erklären sich zu Sicheren Häfen und setzen sich auf kommunaler Ebene für eine andere Migrationspolitik ein. Nun ist es wichtig, dass sich die Sicheren Häfen vernetzen und gemeinsam auch auf Bundesebene den politischen Druck für die notwendigen Veränderungen erhöhen. Die SEEBRÜCKE fordert seit Beginn, dass sich Sichere Häfen zu einem Bündnis zusammenschließen. Somit **bewertet die SEEBRÜCKE** es als einen großen Erfolg, dass einige Kommunen im Vorfeld des Kongresses Initiative ergriffen.

Flensburg, Greifswald, Hildesheim, Krefeld, Marburg, Potsdam, Rostock und Rottenburg am Neckar **unterzeichneten am 03.06.2019** als erstes die Potsdamer Erklärung. In der **Potsdamer Erklärung** betonen die acht Kommunen ihre Bereitschaft, zusätzliche aus Seenot gerettete Menschen aufzunehmen. Ein neuer Verteilungsschlüssel solle die direkte Aufnahme ermöglichen.

Beim Kongress der SEEBRÜCKE gründeten dann bereits 13 Kommunen am 14. Juni 2019 das Bündnis „Städte Sicherer Häfen“: Berlin, Detmold, Freiburg, Heidelberg und Kiel bekannten sich ebenfalls zu den Zielen und Forderungen der Potsdamer Erklärung. Der Oberbürgermeister von Rottenburg am Neckar, Stephan Neher, und die Leiterin des Bereichs Partizipation und Tolerantes Potsdam der Landeshauptstadt Potsdam, Dr. Ursula Löbel, verkündeten gemeinsam offiziell die Gründung des Bündnisses. Im Anschluss bekamen die Kommunen Zuspruch von der Bundesebene: Die Bundestagsabgeordneten Michel Brandt (DIE LINKE), Luise Amtsberg (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) und Hilde Mattheis (SPD) betonten die Relevanz des gemeinsamen Handelns der Städte und Gemeinden. Im **Interview mit Komm:on** äußern die Mitglieder des Bundestags (MdBs) weitere Einschätzungen zur Initiative.

Der Beitritt zum Bündnis war für einige Städte zeitgleich die Erklärung zum Sicheren Hafen. Andere Städte, die sich bereits zum Sicheren Hafen erklärt hatten aber noch nicht zur zusätzlichen Aufnahme, bekannten sich mit der Potsdamer Erklärung nun auch zu dieser. Aus Sicht der SEEBRÜCKE bietet die Vernetzung eine Plattform für den kontinuierlichen Austausch über die Möglichkeiten zur kommunalen Aufnahme. Außerdem entstand mit dem Bündnis „Städte Sicherer Häfen“ eine Akteur*in, an die sich Kommunen aus ganz Europa wenden können. Die bundesweite Vernetzung ist ein Knotenpunkt für ein Europa der Sicheren Häfen.

Seit dem Kongress sind dem Bündnis mit Bielefeld, Erlangen, Hamm, Oldenburg, Saarbrücken und Schwäbisch Hall bereits weitere Kommunen beigetreten (Stand 02.08.19: 19 Städte). Anfang Oktober wird sich das Bündnis in Rottenburg am Neckar treffen, um sich über nächste Schritte auszutauschen. Das Bündnis lädt Städte und Gemeinden, die die politischen Ziele der Potsdamer Erklärung teilen ein, sich Ihnen anzuschließen. Interessierte Kommunen können sich bis zum Bündnis-Treffen im Herbst bei der **Landeshauptstadt Potsdam** melden.



Am ersten Kongresstag diskutierten Mike Schubert, Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Potsdam, Dennis Khakzad, Referent im Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat (BMI), Günter Burkhardt von Pro Asyl und Liza Pflaum von der SEEBRÜCKE die Chancen und Hindernisse der kommunalen Aufnahme von geflüchteten Menschen. In der von Julia Duchrow, Amnesty International, moderierten Podiumsdiskussion wurde deutlich: Die Kommunen nehmen es nicht hin, dass das BMI ihre Aufnahmebereitschaft seit einem Jahr ignoriert.¹ Insofern begrüßten alle, dass Herr Khakzad zu einem Dialog bereit war und somit, vertreten durch seine Person, ein Austausch mit dem BMI möglich war. Herr Khakzad betonte im Namen des BMI allerdings weiterhin, dass zunächst eine europäische Lösung notwendig sei. Beim Kongress wurde deutlich, dass die Kommunen – bei aller Notwendigkeit von neuen Verfahren auf europäischer Ebene – angesichts der Dringlichkeit nicht auf diese warten wollen. Beim und nach dem Kongress zeigten sie in der Praxis, dass sie zum politischen Handeln gewillt sind. Ein Beispiel hierfür war die spontane Reaktion des Rottenburger Oberbürgermeisters Stephan Neher auf den politischen Stillstand um die Aufnahme von Geretteten, die sich zu dem Zeitpunkt auf der Sea-Watch 3 befanden. Herr Neher **erklärte sich bereit**, die Menschen direkt in Rottenburg aufzunehmen. Herr Lederer verkündete noch auf dem Kongress, dass Berlin ebenfalls dazu bereit sei und auch Kiel schloss sich dem an. Daraufhin forderten eine Woche nach dem Kongress **15 Städte in einem offenen Brief an Innenminister Seehofer die sofortige Aufnahme der Menschen**. Die direkte Aufnahme war in dem Fall leider erneut nicht möglich. Solange Ad-hoc Lösungen aufgrund der Ermangelung hinreichender rechtlicher und politischer Instrumente notwendig sind, ist eine interessante neue Entwicklung, dass die Kommunen gemeinsam reagierten.

¹ Seit Sommer 2018 haben sich zahlreiche Kommunen – zumeist in Offenen Briefen – an die Bundesregierung gewandt und mehr Engagement bei der Seenotrettung gefordert sowie die Aufnahme von Geretteten angeboten. Bekannt sind vor allem **das Schreiben der rheinischen Städte Köln, Düsseldorf und Bonn vom 26. Juli 2018** und die **gemeinsame Erklärung der Stadtstaaten Berlin, Hamburg und Bremen vom 26. September 2018**.



BUNDESRATSINITIATIVE ZUR VERÄNDERUNG DES RECHTLICHEN RAHMENS

„Berlin wird eine Bundesratsinitiative starten zur Änderung des Aufenthaltsrechts, damit die Kommunen und Länder aus Seenot Gerettete auch ohne die Zustimmung des BMI bei sich aufnehmen können“, sagte Bürgermeisterin Ramona Pop zur Eröffnung des Empfangs am Donnerstagnachmittag. Der Regierende Bürgermeister Michael Müller zeigte in seiner Eröffnungsrede auf, dass sich das Land Berlin bereits im Sommer 2018 bereit erklärt hatte, die geflüchteten Menschen, die sich zu dem Zeitpunkt auf dem Rettungsschiff Lifeline befanden und einen Sicheren Hafen suchten, aufzunehmen. Genau wie andere Städte sei Berlin aufgrund der aktuellen Rechtslage allerdings vom Einverständnis des BMI abhängig. Herr Müller und Frau Pop machten deutlich, dass der rechtliche Rahmen so verändert werden muss, dass die Aufnahmebereitschaft nicht länger vom BMI blockiert werden kann. Um Kommunen eine rechtssichere Aufnahme von aus Seenot Geretteten möglich zu machen, so Bürgermeisterin Pop, seien die beim Kongress vorgenommenen Schritte bedeutsame Signale an die Bundesregierung.

„Die oberste Landesbehörde kann aus völkerrechtlichen oder humanitären Gründen oder zur Wahrung politischer Interessen der Bundesrepublik Deutschland anordnen, dass Ausländern aus bestimmten Staaten oder in sonstiger Weise bestimmten Ausländergruppen eine Aufenthaltserlaubnis erteilt wird. Die Anordnung kann unter der Maßgabe erfolgen, dass eine Verpflichtungserklärung nach § 68 abgegeben wird. Zur Wahrung der Bundeseinheitlichkeit bedarf die Anordnung des Einvernehmens mit dem Bundesministerium des Innern“, heißt es in §23 (1) des Aufenthaltsgesetzes. Mit der angekündigten Bundesratsinitiative soll der letzte Satz dahin geändert werden, dass statt des Einvernehmens die Länder sich mit dem BMI nur noch ins Benehmen setzen müssen.

IMPRESSIONEN AUS DEN WORKSHOPS

RECHTLICHE MÖGLICHKEITEN ZUR PROAKTIVEN FLÜCHTLINGSAUFNAHME

Die Juristin Helene Heuser legte in ihrem Impulsvortrag dar, wie Sichere Häfen den Flüchtlingsschutz verbessern können. Die Präsentation finden sie [hier](#). Heuser ging von der Analyse aus, dass es zahlreiche Lücken im Flüchtlingsschutz gibt. Nichtsdestotrotz gibt es bereits legale Zufluchtswegen, in deren Rahmen Kommunen aktiv sein können. Im aktuellen Rechtssystem fehlen bislang Regelungen für die unmittelbare Aufnahme von Geflüchteten durch Kommunen. Heuser sieht darin allerdings eine Chance, da Kommunen diesen Bereich somit politisch gestalten können. Als Teil der Länder und über das kommunale Selbstbestimmungsrecht können Kommunen mit einigen Beschränkungen für die Etablierung von legalen Zufluchtswegen aktiv werden. Beispielsweise könnte eine zusätzliche Visa-Art zur kommunalen Aufnahme (zur Asylantragstellung oder humanitären Aufnahme durch Kommunen) eingeführt werden. In dem bei der Bundeszentrale für politische Bildung erschienen Artikel **„Kommunale Spielräume zur Förderung legaler Zufluchtswegen“** finden sie hierzu eine detaillierte Erläuterung. Im Herbst wird außerdem ein Rechtsgutachten erscheinen.

Am nächsten Tag hatten die Teilnehmer*innen im Workshop die Gelegenheit, sich über die rechtlichen Herausforderungen aber auch Möglichkeiten auszutauschen. Bezüglich der bereits bestehenden Möglichkeiten zur Aufnahme von geflüchteten Menschen wurde debattiert, ob es einen bevorzugten Weg gibt, oder ob alle bisher existierenden Möglichkeiten (Adhoc-Relocation nach Art 17 Dublin-VO und unterschiedliche Aufnahmeprogramme) ausgeschöpft werden sollten. Es wurde deutlich, dass der rechtliche Rahmen nicht nur für das Ankommen, sondern auch das Bleiben umfangreichen Schutz bieten muss. Je nachdem welcher der Aspekte betrachtet wird, ergeben sich Vor- und Nachteile. Aufnahmeprogramme nach §23 AufenthG schaffen beispielsweise Sicherheiten bezüglich des Aufenthaltstitels, bergen aber wiederum die Schwierigkeit, dass diese nur für eine bestimmte Personengruppe gelten und der Aufenthaltsstatus schlechter ist, als nach einem erfolgreichen Asylverfahren.

Die Komplexität erweitert sich, wenn für die existierenden Schutzlücken neue rechtliche Lösungen hinzugezogen werden. Es gab Einigkeit, dass jenseits von Regelungen auf Bundesebene auch auf Ebene der Europäischen Union die Dublin-III-Verordnung endlich reformiert werden müsse. Aufgrund der Vielschichtigkeit des Themas konnten die Teilnehmer*innen keine abschließende Empfehlung erarbeiten. Sie bekräftigten, dass es weitere Austauschräume brauche, um kurz- und langfristige Lösungen zu entwickeln.



WIE KÖNNEN KOMMUNEN AUF BUNDESEBENE DRUCK AUSÜBEN?

POLITISCHE HANDLUNGSOPTIONEN AUF UNTERSCHIEDLICHEN EBENEN

In dem von Luise Amtsberg, MdB BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN, angebotenen Workshop berichtete sie von der Gründung der Parlamentsgruppe Seenotrettung, um auf Bundesebene konstruktive Debatten anzustoßen. In diesem Kontext initiierte sie auch den Osterappell zur Seenotrettung, den 216 Abgeordnete des Deutschen Bundestages aus fünf Fraktionen im April 2019 unterzeichneten.

Zu Beginn der Debatte stellten viele Teilnehmer*innen dar, dass ihnen bei einer Fokussierung auf die Seenotrettung wichtig sei, den Gleichbehandlungsgrundsatz für alle Geflüchteten unabhängig vom Fluchtweg und Herkunftsland zu betonen. Des Weiteren stellten sie fest, dass es politisch leichter verhandelbar sei, die politische Diskussion um die Aufnahme von Geflüchteten von der Diskussion über Änderungen der Asylpolitik zu trennen. Günther Burkhardt von Pro Asyl wies darauf hin, dass die aktuelle Brisanz der Seenotrettung nicht drängende Themen wie die Situation von Geflüchteten in Libyen, andere Fluchtrouten, Familiennachzug oder widersprüchliches Handeln von Politiker*innen überschatten dürfe. Andererseits brachten Teilnehmer*innen ein, dass die mediale und politische Aufmerksamkeit auf die Seenotrettung als Hebel für weitere Themen der Migrationspolitik gesehen werden könne.

Aufgrund des vorhandenen Instruments der Landesaufnahmeprogramme aus humanitären Gründen wurde die Handlungsfähigkeit von Kommunen auf Landesebene höher als auf Bundesebene eingeschätzt. Um bei den Programmen handlungsfähiger zu werden wurde die bereits beschriebene von Berlin angestrebte Bundesratsinitiative als wichtig bewertet. Außerdem können Kommunen und Zivilgesellschaft jeweils, aber auch gemeinsam, den politischen Druck auf die Bundesebene erhöhen. In dem Kontext tauschten sich SEEBRÜCKE-Aktivist*innen und Vertreter*innen aus Kommunen darüber aus, was ihnen für die Zusammenarbeit oder die gegenseitige Begleitung wichtig ist.





AUFNAHME UND INKLUSION VON GEFLÜCHTETEN ALS GEMEINSAME KOMMUNALE ENTWICKLUNG

Malisa Zobel von der Humboldt-Viadrina Governance Platform arbeitet zusammen mit Gesine Schwan an einem Konzept, dass die kommunale und die europäische Ebene sowie Akteur*innen aus Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft zusammendenkt. Die Präsentation von Malisa Zobel finden sie **hier**. Die freiwillige Aufnahmebereitschaft von Kommunen wird, so die Wissenschaftlerin, durch eine Investitionsinitiative gestärkt. Der Fond dafür ist auf Ebene der Europäischen Union vorgesehen. Die SEEBRÜCKE begrüßt es, dass die Stärkung der lokalen Demokratie ein wesentliches Element ist. Sogenannte Multi-Akteurs-Beiräte sollen die Teilhabe an kommunaler Entwicklung ausweiten. Durch die Einbindung unterschiedlicher Personen und Akteur*innen könne außerdem die Legitimität von Aufnahmeentscheidungen erhöht werden. Im Workshop wurden positive Beispiele aus Städten vorgestellt. Hinter dem Konzept steht ein ganzheitlicher Ansatz: Nicht nur die neu Ankommenden, sondern alle Bewohner*innen der Kommunen sollen profitieren. Somit wird Migration als Chance gedacht. Mit dem Konzept entwickelten die Referentin und Frau Schwan außerdem ein neues Modell zur Verteilung von geflüchteten Personen.



AKTIVE UNTERSTÜTZUNG DER SEENOTRETTUNG

Ruben Neugebauer und Sophie Scheytt von Sea-Watch unterstrichen in ihrem Workshop, dass die Unterstützung von Schiffen im Mittelmeer eine Grundvoraussetzung für die Aufnahme von Menschen in Sichere Häfen ist. Dafür muss die Kriminalisierung ziviler Seenotretter*innen beendet und die Arbeit der Organisationen aktiv unterstützt werden. Dietmar Köster, MdEP SPD, und die Sea-Watch-Aktivist*innen legten dar, dass es maßgeblich ist, wenn unterschiedliche Akteur*innen einen aktiven Beitrag zur (zivilen) Seenotrettung, und somit Rettung von Menschenleben, leisten.



PRESSEMITTEILUNGEN DER SEEBRÜCKE:

SEEBRÜCKE (14.06.19): **Oberbürgermeister Neher möchte die 53 Geretteten von der Sea-Watch 3 in Rottenburg aufnehmen + 12 Städte gründeten zuvor das Bündnis „Städte Sicherer Häfen“**

SEEBRÜCKE (14.06.19): **12 Städte gründen Bündnis „Städte Sicherer Häfen“ zur Aufnahme von Geflüchteten aus dem Mittelmeer**

SEEBRÜCKE (04.06.19): **SEEBRÜCKE befürwortet Potsdamer Erklärung**

AUSWAHL AUS BERICHTERSTATTUNG:

Arte (15.06.19): **Deutsche Städte wollen Bootsflüchtlinge aufnehmen**

Focus (15.06.19): **12 deutsche Städte wollen „sichere Häfen“ für Boots-Flüchtlinge sein**

Die Welt (15.06.19): **Zwölf deutsche Städte sind nun „Sichere Häfen“ für Bootsflüchtlinge**

Merkur (21.06.19): „Sichere Häfen“: **Diese Städte wollen mehr Flüchtlinge aufnehmen - und machen Druck auf Seehofer**

neues deutschland (17.06.19): **Kein Zugang zum sicheren Hafen**

ntv (14.06.19): **Rottenburg will Bootsflüchtlinge der „Sea Watch“ aufnehmen**

RadioEins rbb (14.06.19): **Wenn sich Städte und Gemeinden zu sicheren Häfen erklären**

Rheinische Post (14.06.19): **Krefeld im Bündnis „Städte Sicherer Häfen“**

Schwäbisches Tagblatt (15.06.19): **Freiburg und Rottenburg zeigen Flagge**

Schwarzwälder Bote (15.06.19): **OB will 50 Flüchtlinge von Boot aufnehmen**

SWR (14.06.19): **Städte-Bündnis will mehr Seenot-Flüchtlinge aufnehmen**

taz (14.06.19): **Berlin will endlich Hafen werden**

taz (14.06.19): **„Wir meinen es ernst“. Interview mit CDU-Bürgermeister**

Ulm News (14.06.19): **Hilde Mattheis: Ulm soll sicherer Hafen für Geflüchtete werden**

KONTAKT

Schreiben Sie uns bei Anfragen zu:

Sicheren Häfen an sichererhafen@seebruecke.org

Presse an press@seebruecke.org

Lokalgruppen: Die Kontaktinformationen finden Sie auf der jeweiligen [Lokalgruppen-Seite](#)

Weitere Informationen zum **Kongress** oder Sicheren Häfen finden Sie auf der Website:

<https://seebruecke.org>

Auf **Flickr** finden Sie Fotos der SEEBRÜCKE, die Sie unter Beachtung der Lizenz nutzen können.

Folgen Sie uns auch auf Twitter, Instagram oder Facebook.

Der Schutz von Daten ist uns wichtig. Deshalb können wir allgemein nicht die Kontaktdaten aller Kongress-Teilnehmer*innen weitergeben. Wir bitten um Verständnis.



IMPRESSUM

Herausgegeben von der SEEBRÜCKE

Trägerverein:

Mensch Mensch Mensch e.V.,

Postfach 65 03 05, 13303 Berlin

E-Mail: sichererhafen@seebruecke.org

www.seebruecke.org